



Junge Liberale

Hamburg

## **Keine Zwangsdatenerhebung bei kleinen Unternehmen**

Auf Grundlage des Dienstleistungstatistikgesetzes führen die Statistischen Landesämter jährlich im Dienstleistungsbereich Stichprobenerhebungen bei Unternehmen und bei Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit durch. Hierbei sind Unternehmensdaten – insbesondere zum Umsatz, zum Gewinn und seiner Verteilung sowie zum Unternehmensvermögen – jährlich zusammenfassend sowie in Kurzform vierteljährlich zum Quartalsergebnis anzugeben. Die Auswahl der betroffenen Unternehmen und Freiberufler erfolgt zufällig. Nach der Auswahl besteht einer Verpflichtung zur Angabe der Daten über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren.

Für die Jungen Liberalen stellt dies unsinnige Bürokratie dar. Daher sind insbesondere kleine Unternehmen mit einer Mitarbeiterzahl von 20 Personen oder weniger von der Mitteilungspflicht zu entbinden. Diese sollen zukünftig jedoch freiwillig an der Erhebung teilnehmen können. Für ihre freiwillige Mitwirkung erhalten die Unternehmen eine Gutschrift auf die abzuführende Gewerbesteuer in Höhe von EUR 500,00 p.a.



Junge Liberale

Hamburg

## **Auszahlungszeitraum der Waisenrente beschränken**

Im Zusammenhang mit dem Ziel der kapitalgedeckten Altersvorsorge, müssen die versicherungsfremden Leistungen aus dem Topf der Rentenversicherung überprüft und ggf. in den Haushalt überführt werden. Ein Schritt in diese Richtung wäre nach Meinung der Jungen Liberalen Hamburg, eine Beschränkung des Auszahlungszeitraums der Waisenrente auf das 18. Lebensjahr, spätestens mit Abschluss der allgemeinen Schulausbildung.

Für weitere Zahlungen darüber hinaus werden die Zuständigkeit sowie die Anspruchsförderung der für die Sicherung des Lebensunterhalts zuständige Leistungsträger übernehmen. Eine gesonderte Stellung von anspruchsberechtigten Waisen bei der prozentualen Rückzahlung des Zuschusses ist zu überdenken. Das Argument der sozialen Benachteiligung wird entkräftet, weil alle bis zum Ende der Schulausbildung finanzielle Hilfe gesichert haben.

Des weiteren stellt sich allgemein die Frage, welche Aufgabe der Staat in Zukunft bei der

Hinterbliebenenversorgung spielt und was dies rechtfertigt?



Junge Liberale

Hamburg

## **Sozialversicherungsfreiheit der Beiträge zur Entgeltumwandlung**

Die für 2008 geplante Abschaffung der Sozialversicherungsfreiheit für Beiträge in die betriebliche Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung, muss aus Sicht der Jungen Liberalen Hamburg beigelegt werden. Des weiteren fordern die Jungen Liberalen Hamburg, eine unbefristete Verlängerung der Sozialversicherungsfreiheit, um ein deutliches Richtungszeichen hin zur privaten bzw. kapitalgedeckten Altersabsicherung zu setzen.

Wenn die Schwächung der privaten Vorsorge Bestand haben sollte, wird aus Sicht der Jungen Liberalen Hamburg ein völlig verkehrtes Zeichen zur schrittweisen Herbeiführung weg von der umlagefinanzierten hin zur völlig kapitalgedeckten Rentenversicherung gesetzt.

Wie will man den Bürgern eigenverantwortliche Altersvorsorge nahe bringen, wenn man die Anreize schwächt?



Junge Liberale

Hamburg

## **Tronc-Abgabe abschaffen**

Die Jungen Liberalen sprechen sich für die Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung aus. Aus diesem Grund ist auch die sog. Tronc-Abgabe abzuschaffen. Projekte, die bisher von dieser Abgabe finanziert wurden, sind zukünftig über einen Sonderetat für gemeinnützige Organisationen zu unterstützen.



Junge Liberale



Hamburg

## **Gemeinnützige Anzeigen ins jung&liberal**

Der Bundeskongress der Jungen Liberalen fordert den Bundesvorstand sowie die Redaktion des Mitgliedermagazins jung&liberal auf, für Anzeigen reservierte Plätze im Magazin, die nicht verkauft werden konnten, nicht weiß zu lassen oder mit einem Platzhalter zu versehen, sondern wechselnd und unentgeltlich an Organisationen zu vergeben, die im Bereich der humanitären Hilfe agieren bspw. Ärzte ohne Grenzen oder Unicef).



Junge Liberale



Hamburg

## Verbote verbieten?!

### Das Problem

Die Vorschläge zu Verboten in den verschiedensten Bereichen der Gesetzgebung auf Landes- und Bundesebene nehmen kein Ende. Fast täglich erreichen uns Meldungen von führenden Politikern, die ihre Meinung dazu äußern, was in diesem Land alles verboten werden sollte. Dabei ist eines auffällig: Die Personen, von denen derartige Vorschläge kommen, sind zwar in unterschiedlichen Parteien, ihre Denkweise allerdings ist erschreckend ähnlich. So nimmt es sich nur wenig, ob Vorschläge von der Grünen Claudia Roth oder dem Schwarzen Ole von Beust kommen. Sobald die Sonne aufgeht kann man sich sicher sein, dass aus der grünen, schwarzen oder roten Fraktion sicher wieder der ein oder andere populistische Vorschlag dazu kommen wird, was den Bürgern oder einzelnen Gruppen – häufig jungen Menschen, die noch nicht volljährig sind – verboten werden sollte.

Paradoxerweise nimmt durch die dann in Gesetz gegossenen Verbote gegenüber Handlungen von Bürgern nicht nur die Freiheit des einzelnen ab (was schon an sich ein Grund zur Besorgnis wäre), sondern gleichzeitig werden dem Staat an vielen Stellen keine Verbote mehr gesetzt, etwa beim Ausspionieren von privaten Festplatten oder beim Zugriff auf die Bilder und Fingerabdrücke der Personalausweise durch das BKA. Beide Größen, die schwindende individuelle Freiheit durch Verbote gegenüber dem einzelnen, sowie die wachsende Staatstätigkeit, die in die Freiheit des einzelnen durch direkte Aktivität eingreift, legen nahe, dass eine Sensibilisierung für dieses Thema dringend stattfinden muss. Dies zu tun ist die Idee des folgenden Antrags.

### Das Spiel mit der Angst

Am besten lassen sich Verbote natürlich begründen, wenn mit den Ängsten der Wähler gespielt wird. Beispiele hierfür sind die aktuelle Debatte über die Abwehr von Terroranschlägen oder die Erderwärmung. In beiden Fällen sind hohe analytische Fähigkeiten vonnöten, um zu erkennen, wo Probleme vorhanden sind und wie diese gelöst werden können. Einfache Formeln sind hier fehl am Platz. Voreilige Schlüsse führen nicht zu einer Verbesserung der Situation. Anstatt Lösungswege aufzuzeigen,

wird hier den Menschen ein Katastrophenszenario nach dem anderen in Aussicht gestellt, ganz gleich, ob das Eintreten dieses Szenarios als wahrscheinlich eingestuft wird oder ob dessen Eintreten überhaupt zuverlässig geschätzt werden kann. Anschließend werden dann Schlussfolgerungen aus der Entwicklung eines solchen Szenarios gezogen, die den Menschen massive Ängste bereiten und sicherlich nicht dazu führen, dass kritische Stimmen überhaupt noch Gehör finden.

Viel schlimmer allerdings ist die Tatsache, dass ein ganzes Land in Angst versetzt wird (wie etwa durch den prognostizierten Anstieg des Weltmeeresspiegels um 4 bis 5 Meter innerhalb des laufenden Jahrhunderts), ohne dass Perspektiven aufgezeigt würden, wie eine langfristig angelegte Strategie zur Behebung der Probleme aussehen könnte. Stattdessen wird vor dem Hintergrund des geschaffenen Katastrophenszenarios nun Forderung um Forderung nach dem Verbot verschiedenster Aktivitäten, Gegenstände oder Mechanismen gestellt. Häufig zwar ohne nennenswerte Sachkenntnis – wie die Forderung nach dem Verbot von günstigen Flugtarifen zeigt – das Ergebnis ist allerdings eine verunsicherte Bevölkerung, die im Regen stehen gelassen wird, wenn es darum geht, im kleinen Umfeld Veränderungen zu bewirken oder sich „zweckdienlich“ zu verhalten.

### **Wo liegen die Ursachen?**

Was steckt hinter diesem Verbotswahn? Ist es die Angst, nicht mit dem zu verbotenden leben zu wollen? Ist es die Ablehnung von Veränderungen, die sich im Laufe der Zeit zwangsläufig ergeben? Oder ist es ein Erziehungsmittel des Überwachungsstaates, den sich etwa die Herren Innenminister Schily (a.D.) und Schäuble „zur Gefahrenabwehr“ erträumen?

Ganz gleich, welche Begründung man für die zunehmende Anzahl von Verbotsregelungen heranzieht: Dieser Entwicklung muss begegnet werden. Die Freiheit des einzelnen, verfassungsrechtlich garantiert, darf nicht zu einer Spielwiese verbotswütiger Politiker verkommen. Sie zu schützen ist das oberste Prinzip, dem sich die Politik verpflichtet hat / fühlen sollte. Nur dort, wo solche Interessen dem gegenüber stehen, die von herausragender Bedeutung für das Allgemeinwohl sind, darf eine Einschränkung vorgenommen werden. Dass dieses Prinzip in der Regel nicht genügend Beachtung in der Gesetzgebung findet, zeigt sich beispielsweise daran, dass in den letzten 3 Jahren alle als „Sicherheitspakete“ vermarkteten Gesetze des Bundesinnenministeriums vom Bundesverfassungsgericht beanstandet wurden und zum Teil als verfassungswidrig zurückgewiesen worden, wie etwa im Falle des großen Lauschangriffs.

## Ökonomische Analyse von Verboten

In der Ökonomie ist es üblich, die staatliche Aktivität anhand dreier Kriterien zu beurteilen:

- a) Statische Effizienz: Das ist die Fähigkeit, ein gewünschtes Ziel möglichst kostengünstig zu erreichen.
- b) Dynamische Effizienz: Diese ist gegeben, wenn eine Maßnahme Anreize zur Entwicklung effizienterer Verhaltensweisen, Techniken oder Verfahren in der Zukunft bietet.
- c) Treffsicherheit: Das ist die Fähigkeit, ein gewünschtes Ziel mithilfe einer Maßnahme auch wirklich genau zu erreichen (also sowohl im Umfang, als auch unter Berücksichtigung eventueller Effekte für andere Entscheidungsprozesse, die von einer Entscheidung nur indirekt betroffen werden).

Die Beurteilung der Maßnahme „Verbot“ aus ökonomischer Perspektive anhand dieser drei Kriterien fällt ernüchternd aus: Das Verbot ist in der Regel weder die kostengünstigste Variante, um ein Ziel zu erreichen. Es bietet auch keinerlei Anreiz, sich in der Zukunft für bessere Optionen zu engagieren, im Gegenteil, in der Regel führt ein Verbot lediglich zu einer einmaligen Substitution mit nicht verbotenem Verhalten, das nicht zwangsläufig eine bessere Alternative darstellt. Auch die Treffsicherheit wirkt aufgrund der letztgenannten Substitution zweifelhaft: Wird das Ziel in genau dem Umfang erreicht, indem es sich die Politik wünscht? Die Möglichkeit besteht theoretisch zwar, praktisch führen Verbote allerdings nur selten zu dem gewünschten Zustand. Stattdessen müssen Folgeverbote erlassen werden, um die unerwünschte Substitution, die aufgrund des Verbots eingeleitet wurde, ebenfalls zu verbieten.

Ein Beispiel für die Wirkungsweise ist das Verbot von rauchen in Gaststätten. Künftig wird in Hamburg auch dann das Rauchen verboten sein, wenn alle anwesenden rauchen möchten – sie alle tragen die „Kosten“ des Gesetzes (in dem Sinne, dass sie die Konsequenzen tragen, ohne dass jemand davon profitiert). Es ist auch nur schwer vorstellbar, dass jemand das Rauchen aufgibt, weil er nicht mehr im Lokal rauchen darf – sowohl statische als auch dynamische Effizienz sind also nicht vorhanden. Schlussendlich darf auch bezweifelt werden, dass die Treffsicherheit eines Verbots an dieser Stelle groß ist – zumindest im Vergleich zu einer Situation, in der Gaststätten selber bestimmen, ob sie das Rauchen zulassen und jeder in einer Kneipe sitzt, weil er rauchen oder nicht rauchen möchte und danach auch seine Kneipe bestimmt.

Das Verbot führt also zu hohen Kosten, löst geringe Anreize aus und wird vermutlich nicht den gewünschten Effekt erzielen. Deshalb ist die Ablehnung eines generellen Rauchverbots Teil dieses Antrags.



## **Die liberale Position: Kritische Hinterfragung von Verboten**

In der tagespolitischen Debatte der letzten Wochen und Monate dominieren vor allem Vorschläge dazu, wie man mit Verboten Herr über das Schreckgespenst Klimawandel werden kann. Von allen Seiten hagelt es Ideen, die von mangelnder Sachkenntnis zeugen und deren Sinnhaftigkeit gar nicht erst überprüft werden muss. An dieser Stelle muss ein Zeichen gesetzt werden, um die weitere Einschränkung der individuellen Freiheit nicht noch weiter zu gefährden. Deshalb sind die nun folgenden Vorschläge zur Ablehnung von Verboten nicht auf einen speziellen Politikbereich bezogen, sondern greifen vielmehr eine Reihe von aktuellen Debatten und Gesetzgebungsverfahren auf, zu denen sich eine Positionierung lohnt. Wichtig ist in jedem Fall, die drei Beurteilungskriterien Treffsicherheit, statische und dynamische Effizienz zu berücksichtigen, um vor diesem Hintergrund eine Entscheidung bezüglich des Eingriffs in das Freiheitsrecht des einzelnen zu treffen.

### **Verbote? Nein danke!**

Die Jungen Liberalen Hamburg lehnen die folgenden generellen Verbote ab:

- Ein generelles Rauchverbot für Kneipen, Gaststätten und Diskotheken
- Verbot von Computerspielen jeglicher Art, also vor allem auch solche für „Ego-Shooter“ („Ballerspiele“)
- Ein Verbot von günstigen Flugtickets aus vermeintlichen Umweltschutzgründen
- Aus den selben vermeintlichen Gründen ein Verbot der Glühlampe oder des Standby-Schalters
- Ein Verbot für Deutsche Autos ohne Rußpartikelfilter (gefordert von Claudia Roth im März 2007) oder ein Verbot von Autos mit Ottomotor ab einem bestimmten Zeitpunkt (gefordert von Markus Söder im März 2007)
- Ein Werbeverbot für bestimmte Autotypen (z.B. SUV)
- Ein Verbot für das Rauchen in Autos für Mitfahrer
- Das Verbot des Verleihens indizierter Filme an Personen über 18 Jahren
- Das Verbot des Betrunkens für Personen zwischen 16 und 18 Jahren
- Das Verbot sog. „sittenwidriger Löhne“
- Das (geforderte) Verbot von Schönheitsoperationen für Personen zwischen 16 und 18 Jahren

Stattdessen fordern die JuLis Hamburg ein Verbot für den Staat, sich in die Privatsphäre der einzelnen Bürger einzumischen, etwa durch

- Die Erhebung personenbezogener Daten, sofern sie nicht unbedingt notwendig ist (dies betrifft insbesondere auch die Erhebung von Daten wie Fingerabdrücken oder „genetischen Fingerabdrücken“)

- Sofern die Erhebung unerlässlich ist, dürfen derartige Daten dennoch nicht zwangsläufig dem BKA oder anderen ermittelnden Stellen des Staates zugänglich gemacht werden.
- Auch das heimliche Ausspionieren der Festplatten von Privatpersonen stellt einen unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre dar; dabei spielt es insbesondere auch keine Rolle, ob die Person im Anschluss an die Ermittlung über die Spionage aufgeklärt wird. Sie ist und bleibt rechtswidrig.



Junge Liberale



Hamburg

## **Forderung der Offenlegung kompletter Arbeitslosenzahlen**

Monat für Monat werden durch die Bundesagentur für Arbeit die aktuellen Arbeitslosenzahlen veröffentlicht. Leider wird dem Bürger verschwiegen, wie es um die echten Arbeitslosenzahlen steht.

Es wird eine monatliche Arbeitslosenzahl gefordert, die alle arbeitsfähigen Leistungsempfänger beinhaltet.



Junge Liberale

Hamburg

## Keine Religionsformate in öffentlich-rechtlichen Programmen: Nachhaltige Sendepause für das „Wort zum Sonntag“!

Die Jungen Liberalen Hamburg bewerten es nicht als Grundversorgung im Sinne der Daseinsbegründung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, einzelnen Religionsgemeinschaften außerhalb von allgemeiner Nachrichtenberichterstattung ein Forum zur Verbreitung ihrer Ansichten zu bieten. Staat und Religion sind auch an dieser Stelle nachhaltig voneinander zu entflechten. Daher sind das „Wort zum Sonntag“ und ähnliche Formate von öffentlich-rechtlichen Programmen fernzuhalten. Hierfür ggf. notwendige gesetzliche Änderungen, werden von den Jungen Liberalen Hamburg befürwortet.



Junge Liberale



Hamburg

## **Hamburg wird Bildungsleuchtturm**

### **Bildungspolitische Vorschläge der JuLis Hamburg**

#### **Fokus auf Frühkindliche Bildung**

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“ heißt es treffend im Volksmund. Nicht erst Studien wie PISA haben erwiesen, dass in Deutschland und Hamburg viel zu lange das Thema „Frühkindliche Bildung“ stiefmütterlich behandelt worden ist. Das jetzige System muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Bildungspolitik muss sich vor allem auch auf die ersten fünf Jahre im Leben unserer Kinder fokussieren. In dieser Zeit werden richtungweisende Weichen für den späteren Bildungsweg gestellt.

Qualitativ hochwertige Kindertagesstätten und Kindergärten, die entsprechend ausgestattet sein müssen, begünstigen zuallererst eine nachhaltig positive Entwicklung. Der spätere Versuch Fehlsteuerungen in der Entwicklung Heranwachsender zu korrigieren, ist um einiges kostenintensiver als notwendige Investitionen in frühkindliche Bildung zu tätigen. Hierfür ist es notwendig angebotsorientiert halb- und ganztägige Betreuungsmöglichkeiten inklusive Mittags- und ggf. Frühstücksverpflegung zu schaffen, sodass der Wunsch nach einem Kind nicht länger automatisch mit einem längeren Berufsausstieg für einen Teil der Erziehungsberechtigten verbunden ist und sogleich eine verlässliche Verpflegung sichergestellt werden kann. Die Jungen Liberalen befürworten eine Beitragsfreistellung im Bereich der Kindertagesstätten und Vorschulen.

Qualitativ hochwertige Betreuung schließt auch gleichrangig Tagespflegeangebote ein, die bei staatlicher Förderung grundsätzlich nicht ausgegrenzt werden darf. Betreuung ist dabei nicht als Verwahrung zu verstehen. Vielmehr ist auf eine aktivierende Betreuung hinzuwirken, die einen integrierten Bildungsansatz verfolgt, bei der die verpflichtende Vermittlung sprachlicher Kompetenz nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund einen Schwerpunkt bildet. Hierzu zählen auch die Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache für Kinder, deren Muttersprache vom Elternhaus her eine andere ist, sowie allgemein bilinguale Angebote. Des Weiteren muss in Form von entsprechenden Sport- bzw. Bewegungsangeboten auch auf die altersgerechte Entwicklung motorischer Fertigkeiten hingewirkt werden, die für die Herausbildung selbstbewusster Individuen nicht unterschätzt werden darf. Spielerische Ernährungsberatung und die Vermittlung von Sozialkompetenz, insbesondere beispielsweise von Tugenden wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Rücksichtnahme usw., sollten den frühkindlichen Bildungskanon abrunden. Es sind überdies Kooperationen mit der Wirtschaft anzustreben, bei denen in geeigneter Form insbesondere das Interesse an Natur- und Ingenieurwissenschaften geweckt werden soll.

Frühkindliche Bildung profitiert von Vielfalt und einem fairen Wettbewerb der verschiedenen

Einrichtungen. Freie Trägerschaften und innovative Konzepte unter größtmöglicher Einbeziehung der Eltern bringen die nötigen Impulse in den frühkindlichen Bildungsmarkt. Um die Qualität der Einrichtungen transparent zu evaluieren und somit mittelbar sicherzustellen, plädieren die Jungen Liberalen für verbindliche Zielvereinbarungen, deren Umsetzung kritisch durch standardisierte Akkreditierungs- und Zertifizierungsverfahren unabhängiger Institute überprüft wird. Die durch die Hamburger Liberalen forcierte Abkehr von der Objekt- hin zur Subjektförderung ist ein grundsätzlich richtiger Paradigmenwechsel. Schwangere, vor allem erstgebärende Frauen in so genannten präkären Lebenssituationen sollen von Hebammen und Sozialpädagogen unterstützt und betreut werden. Diese Betreuung durch häusliche Besuche sollte bereits während der Schwangerschaft einsetzen und sich zeitlich bis zum zweiten Geburtstag des Kindes erstrecken. In Fällen signifikanter Entwicklungsdefizite sollten im weiteren auch verpflichtende Kita- oder Vorschuljahre in Betracht gezogen werden.

Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher in frühkindlichen Bildungseinrichtungen muss

weiter erhöht werden. Über die bisherige sozialpädagogische Ausrichtung hinaus, sind auch

Kenntnisse über die frühkindliche Bildungsentwicklung sowie kindgerechte Bewegungsangebote in die Ausbildung zu implementieren. Die Erziehenden sollen dazu befähigt werden, den Entwicklungsstand der ihnen Anvertrauten diagnostisch evaluieren zu können, um Begabungen aber auch Optimierungspotentiale erkennen und einschätzen zu können. Das leitende Personal frühkindlicher Einrichtungen sollte zudem über einen Abschluss auf Fachhochschulniveau verfügen.

### **Wie geht es weiter mit den Grundschulen?**

Bildungspolitik kann dort besonders erfolgreich sein, wo mit geringen Mitteln bei den Schülern noch besonders viel erreicht werden kann, nämlich in den Grundschulen. Leider wurden auch hier in der Vergangenheit umfangreiche Reformen versäumt, so dass die Misere des deutschen und vor allem des Hamburger Schulsystems bereits in den Grundschulen eine Hauptursache findet.

Die Jungen Liberalen fordern daher die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- Eine frühe Einschulung ist unbedingt anzustreben. Nachbarländer wie Frankreich machen

vor, dass bereits vier- und fünfjährige Kinder intellektuell zu schulischen Leistungen fähig

sind. Hamburg sollte daher Eltern, die ihre Kinder bereits so früh einschulen möchten,

besondere Angebote machen, so dass diese Kinder nicht gemeinsam mit wesentlich älteren Kindern eingeschult werden müssen.

- Jedes Kind, nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund, sollte ca. sechs Monate vor der

Einschulung einen Deutsch-Sprachtest absolvieren. Wird dieser nicht bestanden, so sind

besondere Sprachkurse zu belegen. Besteht das Kind auch einen weiteren Sprachtest kurz

vor der Einschulung nicht, so wird diese um ein Jahr verschoben und dem Kind die

Möglichkeit zu weiteren Sprachkursen geboten.

- Motorische Mängel von Kindern, größtenteils verursacht durch exzessiven Fernsehkonsum, müssen durch zusätzliche Sportangebote an den Grundschulen ausgeglichen werden.

- Das Praktizieren von Musik fördert durch Gehirn-Hand-Koordination die intellektuelle Entwicklung und außerdem beim Musizieren in der Gruppe auch die soziale Kompetenz.

Daher sollte bereits in den Grundschulen angestrebt werden, dass jedes Kind ein Instrument erlernt.

- Die Benotung von Leistungen sollte auch an Grundschulen die Regel darstellen, denn sie

kann bei richtiger Vermittlung Anreize fördern anstatt Motivation zu ersticken.

- Für den Lebensweg eines Kindes sollte es so weit wie möglich selbst verantwortlich sein.

Zurzeit entscheiden häufig allein die Eltern, ob das Kind nach Ablauf der Grundschule

Gymnasium, Real- oder Hauptschule besuchen wird. Angesichts seines geringen Alters hat

das Kind hier nur selten ein Mitspracherecht. Eine solch frühe Determinierung des

Lebensweges erscheint den Jungen Liberalen intolerabel. Daher ist die Grundschulzeit auf

sechs Jahre zu erweitern.

Diese Maßnahmen beziehen sich weitgehend auf staatliche Schulen. Die Jungen Liberalen

Hamburg begrüßen darüber hinaus jegliche innovativen Konzepte von privaten Grundschulen, deren Wettbewerb mit dem staatlichen Angebot für eine erfolgreiche Bildungspolitik nur förderlich sein kann.

### **Gymnasium, Berufsbildung und Hochschule**

Primäre Aufgabe der gymnasialen Ausbildung ist die Erziehung der Schüler zu allgemein

gebildeten Akademikern. Um Qualitätsverluste durch die Verkürzung der Abiturzeit auf 12 Jahre zu vermeiden, muss die Zahl der Ganztageschulen weiter erhöht werden.

Neben der klassischen geistes- und naturwissenschaftlichen Ausbildung, sind die Schüler aber auch auf das spätere Berufsleben vorzubereiten. Die Jungen Liberalen Hamburgs fordern deshalb:

- Vermittlung von Grundkenntnissen in den Bereichen Recht, Politik, Wirtschaft und Buchhaltung

- Verstärkte Kooperation zwischen den Gymnasien und der Wirtschaft durch Praktika, ggf.

auch Auslandspraktika, und Projektarbeiten.

- Berücksichtigung dieser Aspekte in der Lehrerbildung. Ausbau des Projekts „Lehrer in die Betriebe“.

- Den Schülern so früh wie möglich eine berufsorientierte Fächerwahl ermöglichen, solange

die Breitenbildung dabei nicht zu kurz kommt.

Die Breitenbildung umfasst auch die motorische Bildung und Förderung. Der Sportunterricht hat dem Problem der zunehmenden Bewegungsunfähigkeit von Kindern- und Jugendlichen Rechnung zu tragen, weshalb eine Erhöhung auf drei Wochenstunden sinnvoll erscheint. Daneben ist für die Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten der musisch-künstlerische Bereich zu fördern. Projekte wie „Theater mach Schule“ sind auszubauen und politisch zu unterstützen.

Durch die Verzahnung von Schule und Wirtschaft, sind die Gymnasiasten mit dem Abitur

hinreichend qualifiziert statt eines Hochschulstudiums eine Ausbildung zu beginnen. Gleichzeitig ist dafür Sorge zu tragen, dass Absolventen anderer Schulformen durch Berufsbildungen fachspezifische Studiengänge absolvieren können (Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung).

### **Bezüglich der Hochschule fordern die Jungen Liberalen Hamburg:**

- Die Universität Hamburg als Volluniversität zu erhalten
- Den Wandel der Hochschulen zu Dienstleistern, vor dem Hintergrund der Einführung von Studiengebühren, zu unterstützen
- Die Schaffung von sinnvollen und akzeptablen Übergangslösungen, bis die neuen BA/MA Abschlüsse international wettbewerbsfähig sind
- Eine hinreichende Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang 2010/2011





Junge Liberale



Hamburg

# INNOVATIVE POLITIK FÜR HAMBURG

Das Wahlprogramm der Jungen Liberalen Hamburg  
zur Bürgerschaftswahl 2008

Gliederung:

1. Vorwort
2. Freie **Bildung**
3. **Freiheit** und **Sicherheit**
4. Freie **Wirtschaft**
5. Liberaler **Arbeitsmarkt**
6. **Gesellschaft** und **Soziales**
7. Saubere **Umwelt**
8. Liberale **Verkehrspolitik**
9. **Haushalt** und **Verwaltung**
10. **Kultur** und **Medien**
11. **Generationengerechtigkeit**

*Ansprechpartner: Michael Kruse, [kruse@julis-hh.de](mailto:kruse@julis-hh.de)*

## **> > Vorwort**

Zur Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2008 wird die Hansestadt eine vierjährige Alleinherrschaft der CDU erlebt haben. Aus Sicht der Jungen Liberalen (kurz: JuLis) sind diese Jahre größtenteils verlorene Jahre gewesen. Viele sinnvolle Projekte, mit denen die CDU 2004 gestartet war, sind nicht oder nur in sehr verminderter Form durchgeführt worden. Die große Verwaltungsreform mag hier als Beispiel dienen; von ihr ist nichts mehr übrig geblieben.

So ist es wenig verwunderlich, dass sich die CDU-Regierung in Hamburg nur noch auf Prestigeprojekte wie die Hafencity oder den undefinierbaren Begriff der „Wachsenden Stadt“ versteift und die Belange der Bürger völlig aus den Augen verliert. Dabei gibt es dringende Probleme in der Hansestadt, Probleme, die gelöst werden müssen und nicht weiter aufgeschoben werden dürfen. Zu diesen Problemen äußert sich der Senat nur sehr zögerlich oder schiebt sie sogar beiseite. Bestes Beispiel hierfür ist das Thema Umweltschutz, das Hamburgs Erster Bürgermeister nur aus populistischen Gründen einmal kurz aufgriff, um so an Wählerstimmen zu gelangen.

Wenn es darum geht, sich für die Belange von Menschen in dieser Stadt einzusetzen, dann offenbart die Regierung, wie bürgerfremd sie tatsächlich ist: Ob es um eine klare Positionierung bei Lesben- und Schwulenrechten geht oder um die Einigung bei Lärmschutzprojekten – vom Bürgermeister und seinen Senatoren ist nichts zu hören. Darf weiter in kleinen Kneipen geraucht werden? Gibt es nur noch überfüllte Klassen? Wie entwickeln sich die Preise bei Bus und Bahn, Mieten und Strom? In all diesen Bereichen ist die CDU nach langer alleiniger Regierungsverantwortung Antworten schuldig geblieben. Hamburg braucht einen Politikwechsel, Hamburg braucht liberale Politik.

Der Appell der Jungen Liberalen an die jungen Wähler dieser Stadt lautet deshalb: Setzt euch dafür ein, dass wir ab 2008 eine andere, bessere Regierung bekommen. Eine Alleinregierung der CDU ist augenscheinlich nicht die Lösung für unsere Probleme. Unser Interesse ist es, Politik ab 2008 liberal zu gestalten und Hamburg damit wichtige Werte wieder nahe zu bringen: Toleranz, Weltoffenheit und Eigenverantwortung. Insbesondere die Interessen der jungen Menschen liegen uns dabei am Herzen - in der jetzigen Regierung wird an uns Jugendliche und junge Erwachsene nur selten gedacht. Viel zu selten werden Prinzipien wie Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit berücksichtigt.

Wir fordern in diesem Wahlprogramm Maßnahmen, die der Hansestadt Hamburg auch nach 2008 Perspektiven bieten und Hamburgs Bürgern die Chance eröffnen, in einer Stadt zu leben, in der sie sich wohlfühlen, in der Rücksicht auf sie genommen wird und in der sie sich selbst verwirklichen können. Diese Forderungen sind in der Sache pragmatisch und richten sich an den Prinzipien Finanzierbarkeit, Toleranz und Generationengerechtigkeit aus.

Aus Sicht der Jungen Liberalen ist die FDP die einzige Partei, mit der unsere Forderungen durchgesetzt werden können. Daher unterstützen wir sie im Wahlkampf.

Wir werden dafür kämpfen, dass Hamburg fit wird für die Aufgaben der Zukunft. Wir wollen eine lebenswerte, liberale und tolerante Stadt. Für alle Generationen.

## **> > Freie Bildung**

Für die Jungen Liberalen Hamburg ist und bleibt Bildung ein Menschenrecht. Das heißt, dass ein jeder seinen Bildungsweg, orientiert an der eigenen Leistungsfähigkeit, selbst bestimmen soll. Nur dadurch kann er zum Garant für Hamburgs Zukunft im Hinblick auf die Ansiedlung von Unternehmen, Wissenschaft und Kultur werden, denn: Bildung ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Aber Bildung darf nicht zum reinen Selbstzweck werden, sie soll vielmehr auf die ständig steigenden Ansprüche eines globalisierten Arbeitsmarktes vorbereiten und zugleich soziale Kompetenz vermitteln.

Auch in Zukunft muss Bildung den höchsten Stellenwert bekommen. Ziel liberaler Bildungspolitik ist es deshalb, ein leistungsorientiertes und wettbewerbsfreundliches Bildungssystem zu schaffen. Nur so wird die Grundlage für eine wirtschaftlich erfolgreiche, demokratische, aufgeklärte und tolerante Bürgergesellschaft geschaffen.

### **Kita & Frühförderung**

Das von der FDP eingeführte System der Kita-Card hat erstmalig die Eltern zu Kunden gemacht. Die Auswirkungen zeigen sich schon heute. In vielen Kindertagesstätten werden nun erstmals die Elternwünsche bei der pädagogischen Betreuung der Kinder berücksichtigt, so zum Beispiel die Frühförderung der Kinder über das spielerische Erlernen einer Fremdsprache. Darüber hinaus hat Hamburg durch die Kita-Card die höchste Versorgung mit Kita-Plätzen aller westlichen Bundesländer erreicht. Auf diesen Erfolgen aufbauend gilt es nun das System noch weiter zu verbessern.

Daher fordern wir:

- Die Kita-Gutscheine müssen von einem Rechtsanspruch auf Betreuung in echte wertbezzifferte Gutscheine umgewandelt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass das System sowohl für Anbieter als auch für die Eltern als Kunden transparent und nachvollziehbar ist
- Tagesmütter und -väter müssen den Kindertagesstätten schrittweise gleichgestellt werden, um auch diese Form der Kinderbetreuung angemessen zu berücksichtigen und sie als echte Alternative auszubauen

### **Schule**

Die Schulen in Hamburg müssen wieder Spitze werden. Ihr Ziel muss es sein, ihren Schülern eine qualitativ hochwertige und umfassende Bildung zu vermitteln, die sie im internationalen Wettbewerb bestehen lässt.

Daher fordern die Jungen Liberalen:

- Die Selbständigkeit der Schulen. Die Schulen müssen frei über Personal- und Sachmittel entscheiden sowie eigene Schwerpunkte setzen können
- Die Abschaffung des Beamtenstatus der Lehrer
- Regelmäßige Vergleichstests der Schulen zur Sicherung eines einheitlichen Leistungsstandards (objektive Begutachtung der Qualität)

- Förderung hochbegabter Schüler durch die Einführung von Hochbegabten-Förderzweigen an Grundschulen und Gymnasien. Ferner Erweiterung von Schuleingangstests, um frühzeitig hochbegabte Kinder zu erkennen. Des weiteren Schulung der Lehrkräfte im Erkennen und im Umgang mit hochbegabten Kindern und Jugendlichen
- Die frühe Heranführung an Fremdsprachen, inklusive zweisprachigem Unterricht
- Den Ausbau des Angebots von Ganztagschulen
- Die Erneuerung des Hamburger Schulsystems durch ein zweigliedriges System
- Die Erhaltung der Lehrmittelfreiheit. Die zentrale Aufgabe des Staates für gute, einheitliche und aktuelle Lehrmittel seiner Schüler zu sorgen, darf nicht privatisiert werden. Eine Lehrmittelabgabe würde darüber hinaus nur die Schaffung zusätzlicher Bürokratie für das Eintreiben, verwalten und prüfen dieser Abgabe bedeuten
- Das Bestehenbleiben eines eigenständigen Berufsschulzweiges und, damit verbunden, die Möglichkeit eines fachspezifischen Studiums für Berufsschulabsolventen (Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung)

## **Hochschule**

Die Hamburger Hochschulen sind das Aushängeschild unserer Stadt. An ihnen werden die zukünftigen Eliten für Forschung, Wirtschaft und Kultur ausgebildet.

Daher fordern wir:

- Die Beibehaltung der Fächervielfalt an den Hamburger Hochschulen
- Den Erhalt des Status als Volluniversität der Uni Hamburg, die aber eigene Fachschwerpunkte bilden kann
- Die Nutzung der Studiengebühren für Forschung und Lehre, d.h. die Offenlegung des konkreten Verwendungszwecks. Studiengebühren dürfen nicht als Lückenfüller für Haushaltslöcher genutzt werden.
- Aufbau eines adäquaten Stipendiensystem zur Finanzierung der Hamburger Hochschulen. Die Hochschulen sollen nicht länger die Ausfallhaftung für ihren Studierenden gewährte Studienkredite gegenüber den Finanzinstituten übernehmen müssen.
- Die Schaffung von sinnvollen und akzeptablen Übergangslösungen, bis die neuen BA/MA Abschlüsse international wettbewerbsfähig sind.
- Festsetzung des bewährten Drei-Säulen-Modells HWI in einem gemeinsamen Masterstudiengang der Universität Hamburg, der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg und der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Entsprechende Ziel- und Leistungsvereinbarungen sind mit den beteiligten Hochschulen abzuschließen.

**> > Freiheit und Sicherheit**

Für die Jungen Liberalen Hamburg ist die Sicherung des Rechtsfriedens die Grundvoraussetzung, um eine demokratische Ordnung und individuelle Freiheit zu garantieren. Nur ein funktionierender Rechtsstaat, der Vertrauen genießt, ermöglicht ein friedliches Miteinander. Behandelt der Staat hingegen jeden seiner Bürger als potentiellen Täter, so wird der Bürger dem Staat für dieses grundsätzliche Misstrauen ein ebensolches Misstrauen entgegenbringen.

Für Liberale ergibt sich daher die unbedingte Verpflichtung, jeden gesetzgeberischen Aktionismus im Bereich der Inneren Sicherheit zu vermeiden. Die konsequente Anwendung bestehender Gesetze durch Stärkung von Polizei und Justiz hat unbedingten Vorrang vor der Schaffung neuer Gesetze. Auf dem Spiel steht nicht weniger als die Freiheit des Einzelnen.

## **Jugendkriminalität**

Das Problem der Jugendkriminalität erfordert besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen die Prävention stark ausbauen. Dazu trägt eine bessere personelle Ausstattung der Polizei ebenso bei wie ein Ausbau der Freizeitmöglichkeiten – insbesondere für Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Gesellschaftsschichten und Stadtteilen.

Für Jugendliche, die straffällig geworden sind, müssen die bestehenden Resozialisierungsmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Wir wollen alternative Resozialisierungsmaßnahmen, die in anderen Ländern zu guten Ergebnissen geführt haben, in Modellversuchen auch für Hamburg erproben.

## **Keine vorgetäuschte Sicherheit durch Gesetzesverschärfungen**

Die Jungen Liberalen wollen keine Verschärfung der Gesetze, die ein schleichendes Verschwinden des Rechtsstaates bedeuten. Beispiele dafür sind der so genannte „große Lauschangriff“, die diskutierte Verschärfung des Polizeigesetzes sowie die Forderungen nach einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz für Ausländer, die in Deutschland leben wollen.

Maßstab für das Eingreifen des Staates muss stets sein, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger so wenig wie möglich einzuschränken. Der Aktionismus der Regierung und die Beteuerungen der Konservativen erhöhen die objektive Sicherheit in unserem Land nicht.

Ihre Vorschläge beruhigen höchstens die gleichen Menschen, die vorher bewusst durch die von der CDU ausgemalten Horrorszenarien verunsichert wurden. Die von der CDU propagierte Sicherheit ist nur eine Schein-Sicherheit, die unseren Rechtsstaat zerbröseln, indem sie wichtige Bürgerrechte über Bord wirft.

Wir JuLis kämpfen für unsere Bürgerrechte und wollen ein tatsächliches Mehr an Sicherheit!

Daher fordern wir:

- Bessere Personalausstattung für Justiz und Polizei. Nur wenn Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizei entsprechend mit Personal ausgestattet sind, können sie auch effektiv für Sicherheit sorgen. Die entsprechenden positiven Signale von Innen- und Justizbehörde müssen daher auch konsequent fortgeführt werden. Des Weiteren müssen die einzelnen

Strafverfolgungsbehörden durch entsprechende EDV-Systeme vernetzt werden, um eine noch zügigere Bearbeitung der Fälle zu gewährleisten

- Ausstattung der Polizei mit moderner Soft- und auch Hardware (Laptops, Handys, netzwerkfähige PCs) zur Erleichterung der alltäglichen Arbeit.
- Ausrüstung mit zeitgemäßen Digitalfunkgeräten
- Keine Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Verbrechen müssen durch mehr Präsenz von Polizeibeamte vor Ort verhindert bzw. verfolgt werden und nicht nur durch Kameras in dunklere Gassen verlagert werden. Zwar können solche Methoden im Einzelfall zu einer besseren Strafverfolgung beitragen, allerdings helfen sie dem Opfer zum Zeitpunkt der Tatbegehung nicht. Ferner wird die Kriminalität nur auf andere, nicht überwachte Straßen und Plätze verdrängt. In der letzten Konsequenz müsste dann der gesamte öffentliche Straßenraum überwacht werden. Stattdessen fordern die Jungen Liberalen an Brennpunkten der Kriminalität eine verstärkte Polizeipräsenz in den jeweiligen Stadtgebieten. Diese Maßnahme schützt die potentiellen Opfer von Straftaten besser als eine Videoüberwachung, da Menschen unmittelbar eingreifen können. Um dies zu realisieren, bedarf es einer konsequenten Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben
- Keine Rasterfahndung und Regelanfrage für Einwanderer beim Verfassungsschutz als Generalverdächtigung und Abkehr von der Unschuldsvermutung
- Die striktere Kontrolle der Einhaltung der bereits bestehenden Gesetze
- Kein Zugriff auf Bankkontodaten der Bürgerinnen und Bürger ohne rechtlichen Beschluss

## **Für eine liberale Drogenpolitik**

In einer liberalen Bürgergesellschaft, die auf Eigenverantwortung anstelle von Bevormundung setzt, ist das Verbot eines Rauschmittels, das ebenso wie Nikotin und Alkohol, schlimmstenfalls den Konsumenten schädigt, nicht aber die Rechte anderer verletzt, widersinnig. Mit der Kriminalisierung der Konsumenten weicher Drogen treibt man diese in ein Milieu, in welchem auch harte Drogen gedealt werden. Die JuLis Hamburg fordern eine Abgabeform, die den Jugendschutz achtet und gesellschaftlichen Realitäten gerecht wird.

Für Heroinsüchtige soll die Möglichkeit einer kontrollierten Abgabe entkriminalisiert werden, falls die bisherigen Modellversuche auch längerfristig gute Erfolge zeigen. Pilotprojekte in Hamburg zeigen bisher große Erfolge.

Daher fordern wir:

- Harte Drogen, wie Heroin, Crack, Kokain und Opiate, sind an entsprechende Drogenkranke im Rahmen einer Therapie auf Rezept kostenlos abzugeben. Dadurch ist es möglich, sie aus dem Kreis der Beschaffungskriminalität und der Drogenszene zu lösen
- Weiche Drogen sollen in Ausnahmefällen als Medikamente zugänglich sein, wenn nachgewiesen ist, dass ihre therapeutische Wirkung größer ist als ihre berauschende
- Weiterhin muss der Grundsatz gelten „Alle Härte den Dealern – alle Hilfe den

Süchtigen“. Infolgedessen fordern wir die Beibehaltung von dezentralen Drogenhilfeeinrichtungen inklusive Druckräumen, denn nur so kann den Betroffenen vor Ort ein menschenwürdiges Leben mit ihrer Sucht und eine ihren Bedürfnissen angepasste Betreuung garantiert werden

## **Terrorismusbekämpfung**

Die Jungen Liberalen Hamburg verurteilen jegliche Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Jedoch darf die gestiegene Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nicht als Argument dafür missbraucht werden, Grundrechte unverhältnismäßig auszuhöhlen. Die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Terrorismusbekämpfung sind unserer Ansicht nach ausreichend, sofern sie mit Nachdruck umgesetzt werden.

### **Verbote nur als letzte Lösung**

Für freie Entfaltung ist das möglichst ungezwungene und unbeeinträchtigte Miteinander ausschlaggebend. Respekt, Rücksicht und Achtung vor anderen Menschen sind hier von zentraler Bedeutung. Diese Größen lassen sich nicht durch Verbote ersetzen. Ein generelles Rauchverbot für Kneipen, Gaststätten und Diskotheken etwa löst nicht das Problem der Sucht, sondern schürt vielmehr den Konflikt zwischen Rauchern und Nichtrauchern. Gastwirte sollten daher selbst entscheiden können, ob sie ein Rauchverbot einführen oder nicht. Ein generelles Rauchverbot, wie von der CDU-Regierung beschlossen, lehnen die Jungen Liberalen ab. Vielmehr sollen individuelle Lösungen im Interesse von Rauchern und Nichtrauchern gefunden werden, wobei ein Gastwirt selbst das Recht haben soll, zu bestimmen, ob und wo in seiner Kneipe oder seinem Restaurant geraucht wird.

Darüber hinaus lehnen die JuLis die folgenden Verbote ab:

- Ein Verbot für das Rauchen in Autos
- Das Verbot des Verleihens indizierter Filme an Personen über 18 Jahren
- Das Verbot von Schönheitsoperationen für Personen zwischen 16 und 18 Jahren
- Das Verbot von Solariumsbesuchen im Alter von unter 18 Jahren

In diesen Fällen setzen wir auf die Eigenverantwortung der Bürger bzw. im Fall Minderjähriger auf deren Sorgeberechtigte. Verbote sind daher nicht notwendig.

## **> > Freie Wirtschaft**

Gerade im Zuge der EU-Osterweiterung kommt der Freien und Hansestadt Hamburg eine besondere Rolle im Wirtschaftsleben Deutschlands zu. Hamburg hat die einmalige Chance als „Tor zur Welt“, als Stadt mit vielen guten Kontakten und Partnerschaften im gesamten Osteuropäischen Raum, eine Vorreiterrolle einzunehmen (Beispiel: Unsere Städtepartnerschaft mit St. Petersburg).

Hierfür gilt es zunächst, die politischen Rahmenbedingungen für die Hamburger Wirtschaft zukunftsfähig zu gestalten. Denn nicht der Staat schafft die Arbeitsplätze, sondern die Wirtschaft. Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist daher die nachhaltige Entlastung der Wirtschaft, um ein freundliches Klima für neue Investitionen und somit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dabei ist liberale Wirtschaftspolitik gleichzeitig Sozialpolitik, denn sozial ist, was Arbeit schafft. In einer florierenden Wirtschaft mit wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen finden auch mehr Menschen Arbeitsplätze, weil mehr Jobs angeboten werden. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen im Sinne aller Gesellschaftsteilnehmer möglichst optimal ausgerichtet werden und möglichst zu Investitionen einladen.

Daher fordern wir:

- Die konsequente Entbürokratisierung: Genehmigungsverfahren müssen verkürzt werden, Unternehmen von Statistikpflichten und Berichtsverpflichtungen entbunden werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass kleinere Unternehmen nicht einen immer größeren Teil ihrer Zeit mit dem Führen von Statistiken verbringen und sich somit besser ihrem Betrieb widmen können
- Das Vorantreiben der Deregulierung; hier reden alle Parteien sehr abstrakt, doch nur die Liberalen machen wirkliche Vorschläge, was dereguliert werden muss. Im Bereich der netzbasierten Industrien müssen die Netze in Staatsbesitz gehalten werden, um einen einwandfreien Wettbewerb garantieren zu können. Darüber hinaus müssen Privatisierung vorangetrieben werden. Dazu gehören vor allem Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, sowie Strom- und Gasversorgung
- Gleichzeitige Regulierung, auf denen Marktmacht besteht. Hier ist ein konsequentes Überwachen inklusive möglicher Sanktionen gegen die Ausnutzung von Marktmacht nötig (insbesondere die Strom- und Gasanbieter sind hier einer genauen Prüfung zu unterziehen, damit in Hamburg wieder zu bezahlbaren Preisen für die Bürger zurückgekehrt werden kann.

### **Existenzgründungen**

Für Existenzgründer wie für bestehende Firmen müssen die Verfahren planbar und transparent sein. Bei zukünftigen Planungsverfahren soll nicht mehr der Antragsteller Gründe für einen Antrag finden, sondern die zuständige Behörde Gründe dagegen. Ist dies nicht der Fall, soll der Antrag als genehmigt gelten.

Nur durch klare und einfache Strukturen im Bereich von Zuständigkeiten und Genehmigungen kann Hamburg sich bei Existenzgründungen und Neuan siedlungen einen Standortvorteil sichern und seine Stellung als Handelskreuz in Europa weiter ausbauen.

### **Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft**



Die Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft muss noch stärker gefördert, aber auch gefordert werden. Innovative Konzepte und Ideen sind Hamburgs Zukunft. Je schneller wir hier reagieren, desto attraktiver sind wir für gute Kooperationsideen. Daher müssen sogenannte „Spin-Offs“, Firmengründungen im Bereich der Universitäten und Hochschulen, noch stärker vorangetrieben werden. Gute Ideen von Studenten und Professoren dürfen nicht in staubigen Sälen versteckt bleiben.

### **Wirtschaftsförderung**

Hamburg braucht eine einheitliche Wirtschaftsförderung. Derzeit gibt es viele verschiedene Einrichtungen, die sich damit beschäftigen, Förderungen für Unternehmen zu organisieren. Dies ist unübersichtlich und für Firmen, die sich in Hamburg ansiedeln wollen, nicht nachvollziehbar. Wenn Hamburg seine Vorteile nutzen will, müssen diese mit einer Stimme und einer Adresse für die Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Moderne Wirtschaftsförderung heißt dabei, dass es sich um kurzfristige, zielorientierte und unternehmensfreundliche Serviceleistung des Staates handelt, die möglichst passgenau auf das betroffene Unternehmen zugeschnitten werden soll. Wirtschaftsförderung bedeutet hier nicht die wahllose Förderung einzelner Industrien in Abhängigkeit der Stärke der jeweiligen Lobbygruppen. Wirtschaftsförderung ist gezielte Förderung von Unternehmen, die kurzfristig angelegt sein soll zur Überbrückung von Notlagen oder zur Einführung von besonders gewünschten Produkten in den Markt.

Der Senat muss Reformen anstoßen. Ein Senat mit liberaler Beteiligung muss sich über Bundesratsinitiativen für die Abschaffung der Gewerbesteuer und eine neue Verteilung der Einkommenssteueranteile stark machen. Des Weiteren muss sich auch hier für eine Abschaffung des Meisterzwanges stark gemacht werden. Dieses Überbleibsel aus älteren Zeiten ist nicht mehr zeitgemäß und behindert den Ausbau eines freieren Arbeitsmarktes.

### **Privatisierungen und staatliche Überwachung**

Die Privatisierung des LBK ist gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung, der in einem Bürgerbegehren im Jahr 2004 festgestellt wurde, geschehen. Nun ist es an der Zeit, die Fehler, die bei dieser Privatisierung gemacht wurden, zu beseitigen. Dabei muss insbesondere auf die Belange des Personals, aber auch der Investoren, eingegangen werden. Der Staat muss den Rahmen für eine gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung schaffen und darf sich nach der Privatisierung nicht einfach blind stellen gegenüber den Problemen der Betroffenen. Gleiches gilt auch für die Privatisierung der HEW. Durch den Verkauf an Vattenfall und das Auslaufen des Aufsichtsratsmandats der Hansestadt Hamburg bei Vattenfall sind nun weitere Einflussnahmen auf die Unternehmenspolitik nicht mehr möglich. Allerdings ist hier durch den stark eingeschränkten Wettbewerb Handlung geboten. Es muss eine Regulierung der überregional agierenden Elektrizitätsunternehmen erfolgen.

### **Elbvertiefung**

Hamburg braucht eine weitere Elbvertiefung. Mit dem Hamburger Hafen ist Deutschland zum Globalisierungsgewinner und Exportweltmeister geworden. Er ist einer der wichtigsten Jobmotoren der lokalen Wirtschaft.

Das Hafenwachstum stärkt insbesondere innovative, mittelständisch strukturierte Unternehmen mit guter Wettbewerbsperspektive und stabiler Beschäftigung. Mit der Fahrrinnenanpassung wird die erreichte Marktstellung des Hafens gesichert und das große Potenzial für sein weiteres Wachstum tatsächlich ausgeschöpft. Verzicht auf die Fahrrinnenanpassung bedeutet Verzicht auf Wachstum und Verlust von Marktanteilen. Der Ausbau der Seeschiffahrtsstraße Elbe entlastet zudem den Straßenverkehr und schont die Umwelt.

Die mit der Maßnahme verbundenen Umwelteingriffe werden durch ein begleitendes Strombaukonzept weitgehend reduziert und sind von geringem Ausmaß. Die Fahrrinnenanpassung ist ein sinnvoller Baustein zur nachhaltigen Entwicklung der Tideelbe. Belastungen von Deckwerken, die durch den Verkehr größerer Schiffe entstehen, können durch angepasste Erhaltungsmaßnahmen sicher ausgeglichen werden. Etwaige Kosten für Deichbau und Umweltschutzmaßnahmen können durch die erhöhten Einnahmen aus den Steuern, die beim Warenumsatz entstehen, gedeckt werden.

### **Kraftwerksbau in Moorburg**

Für das Weltklima ist es bekanntlich wichtig, wieviel CO<sub>2</sub> entsteht, und nicht an welchem Ort. Eine Konzentration von 1600 MW in 2 Kraftwerksblöcken in Moorburg verbunden mit dem ersatzlosen Rückbau des Kraftwerkes Wedel bietet eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung für Hamburg. Gleichzeitig haben diese beiden Blöcke auf aktuellem Stand der Technik auch klimapolitische Vorteile, da die Anlagen energieeffizienter zu betreiben sind, als es bei einer Verteilung der Kapazitäten auch auf andere Standorte außerhalb Hamburgs der Fall wäre. Es entfällt durch die Konzentration erheblicher klimaschädlicher Transport von Brennstoff zu verstreuten Standorten. Das Doppelblockkraftwerk mit hoher Kapazität ermöglicht zudem eine umfangreiche, energieeffiziente und gesicherte Versorgung des Harburger Raumes mit klimafreundlicher Fernwärme, denn diese wird im Produktionsprozess frei und kann direkt genutzt werden.

## **> > Liberaler Arbeitsmarkt**

Arbeit ist die Grundlage eines selbstbestimmten und freien Lebens. Deshalb ist nicht nur die freie Wahl einer Ausbildung und die bestmögliche Unterstützung dieser Aufgabe des Staates, sondern darüber hinaus die Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für beschäftigungsfreundliche Politik. Sie bildet die Grundlage für freie Individuen und ermöglicht wie kein zweites Instrument hohen sozialen Frieden.

Daher fordern wir:

- Die Zusammenfassung staatlicher Leistungen, so dass weniger Bürokratie zu mehr Effizienz bei der Betreuung von Arbeitssuchenden führt
- Die Unterstützung privater Jobvermittlungen. Diese stehen nicht in Konkurrenz zu staatlichen, sondern unterstützen diese sinnvoll. Wo private Vermittlungen ihre Aufgaben wahrnehmen können, sollen sie dies auch tun. Erst bei schwer Vermittelbaren und Langzeitarbeitslosen sollte sich der Staat unterstützend

einschalten. Hier müssen individuelle Lösungen gefunden werden, denn häufig gehen mit Langzeitarbeitslosigkeit weitere Probleme wie Suchterkrankungen oder Minderwertigkeitsgefühle einher. Deshalb bedarf es spezieller Personalvermittlungsagenturen, die erfolgsabhängig individuelle Vermittlung leisten.

- Besondere Beachtung der Integration von Langzeitarbeitslosen, die arbeiten möchten. Sie muss durch den Ausbau von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten gezielt gefördert werden. Menschen mit zu geringer Bildung ist die Teilnahme am Arbeitsmarkt oft unmöglich. Deshalb ist für diese Menschen die staatliche Unterstützung von immenser Bedeutung.
- Keine Einführung von Mindestlöhnen, damit ein Niedriglohnsektor geschaffen werden kann, der nicht nur aus Schattenwirtschaft und ausgebeuteten Migrant\*innen besteht.

## > > **Gesellschaft und Soziales**

Unsere Gesellschaft setzt sich aus vielen verschiedenen Gruppen zusammen: aus jungen und älteren Menschen, aus Frauen und Männern, aus Behinderten und aus Reichen und Armen. Liberale Sozial- und Gesellschaftspolitik bedeutet jedoch nicht die Einordnung in diese Gruppen, sondern zielt vielmehr auf die freie Entfaltung eines jeden einzelnen nach seinen eigenen Wünschen und Bedürfnissen ab, so lange dieser auch die Freiheit der Anderen achtet.

Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind nicht allein ein politisches Problem. Toleranz und Achtung beginnen auch und vor allem in unseren eigenen Köpfen und bei unserer Einstellung anderen gegenüber. Freiheit stellt für Liberale die Grundlage für die freie Entfaltung der Persönlichkeit dar, aber auch die Ordnung, in der Menschen ihre Potenziale nutzen können.

### **Fremdenfeindlichkeit**

Herkunft, Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, sexuelle Orientierung und politische sowie religiöse Anschauungen dürfen keine Bewertungsmaßstäbe in der modernen liberalen Gesellschaft darstellen. Extremismus jeglicher Art lehnen die Jungen Liberalen strikt ab. Der Staat sowie jeder einzelner Bürger hat die Aufgabe diesem entgegenzuwirken.

Hierbei sind aber Verbote sowie Ausgrenzung rechtsradikaler Aktivisten das falsche politische Mittel dar. Richtig ist es, Jugendliche durch Aufklärung vor diesen radikalen Einflüssen zu schützen. Die Jungen Liberalen Hamburg haben zu diesem Thema den Dialog mit Menschen gesucht und die Kampagne „Hass macht hässlich“ ins Leben gerufen. Wir als Junge Liberale setzen auf Aufklärung und Engagement vor Ort, das heißt genau dort, wo die Menschen betroffen sind. Dazu haben wir in jedem Stadtteil zu diesem Thema informiert und den aktiven Austausch gesucht. Sich zu verstecken und zu hoffen, dass sich diese radikalen Tendenzen von alleine legen, ist nicht im Sinne der Jungen Liberalen. Nur der offene Dialog kann dazu beisteuern, jungen Menschen den Wert von Demokratie zu vermitteln.

Ziel ist es, gegen rechte Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz Farbe zu bekennen und junge Menschen über Gefahren, die diese Anschauungen bergen,

aufzuklären. Freiheit und Zivilcourage sollen in unserer Gesellschaft vorherrschen, nicht jedoch Rechtsextremismus und Rassismus.

Des Weiteren setzen sich die Jungen Liberalen für die Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ein. Ob die Partnerschaft homosexueller oder heterosexueller Natur ist, darf kein Maßstab sein und nicht zur Diskriminierung führen. Für Liberale sind Gesellschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

Daher fordern wir:

- Ein einheitlicheres Partnerschaftsrecht. Dass die eingetragenen Lebenspartnerschaften für Schwule und Lesben vom Bundesverfassungsgericht die rechtliche Anerkennung bekommen haben, war ein großer Schritt. Es war die Anerkennung, dass in unserer Gesellschaft die Ehe zwischen Mann und Frau nicht die einzige Form des Zusammenlebens ist. Doch noch immer ist die bestehende Regelung Stückwerk, denn heterosexuelle Paare werden diskriminiert, wenn sie nicht die Ehe als Lebensgemeinschaft wählen. Die Jungen Liberalen wollen daher in Artikel 6 des Grundgesetzes nicht die Ehe unter den besonderen Schutz des Grundgesetzes stellen, sondern die Familie. Und Familie ist überall dort, wo Kinder leben, egal ob in einer hetero- oder homosexuellen Lebensgemeinschaft
- Weitere Initiativen zum Thema Extremismus und die offene Auseinandersetzung mit dieser Problematik

## **Soziale Integration**

Menschen mit Migrationshintergrund müssen die gleichen Chancen haben wie Einheimische. Hierbei ist es vor allem wichtig, dass sprachliche Barrieren abgebaut werden, so dass ein wechselseitiger Austausch erfolgen kann. Vor allem Kindern darf die Tatsache, dass sie mit einer anderen Sprache aufgewachsen sind, nicht zum Nachteil gemacht werden. Frühzeitige Sprachförderung sowie kultureller Austausch sind der Schlüssel zu besserer sozialer Integration. Wir Junge Liberale sind der Auffassung, dass die Einbindung in die Gesellschaft sowie eine gute Ausbildung den Weg in die Integration ebnen. Vor allem junge Menschen brauchen Anlaufstellen, wo sie sich treffen und austauschen können, aber auch über ihre Möglichkeiten und beruflichen Perspektiven informiert werden.

Wir als Junge Liberale möchten nicht zulassen, dass sich Stadtteile entwickeln, in die bestimmte Bevölkerungsgruppen abwandern müssen. Der Abbau von Distanz sowie Vorurteilen muss gleichzeitig gefördert werden, um eine vollständige soziale Integration zu ermöglichen.

## **Sportförderung**

Sport ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Körperliche Betätigung wirkt aber nicht nur gesundheitsfördernd. Besonders wichtig ist er auch angesichts eines zunehmenden Teils der übergewichtigen Bevölkerung.

Sport kann Spaß machen! Genau diese Tatsache muss wieder verstärkt berücksichtigt werden. Ein vielfältiges, variierendes Sportangebot ist also von großer

Bedeutung. Sowohl Breitensport als auch Leistungssport müssen gefördert werden. Leistung muss ermöglicht und von Schulen befürwortet werden. Sport ermöglicht, sich ein soziales Netzwerk aufzubauen und Fähigkeiten wie Teamgeist und Disziplin zu erlernen.

Wir als Junge Liberale möchten uns dafür einsetzen, dass Sport einen angemessenen Stellenwert in der Gesellschaft erhält.

Daher fordern wir:

- Den Ausbau des Sportangebotes an Schulen sowie in Vereinen
- Die gezielte Förderung von Leistungssportlern als Vorbild für andere
- Einen Ausbau der Sportstätten, Sportschulen und Eliteschulen des Leistungssports
- Anstrengungen Hamburgs, Sportstadt zu werden in Kombination mit einer Olympia-Bewerbung

## **Subsidiarität**

Wir als Junge Liberale befürworten die Subsidiarität als Prinzip, das Selbstverantwortung vor staatliches Handeln stellt. In jedem Fall ist der kleineren Einheit Vorrang zu gewähren, um Aufgaben zu bewältigen.

Daher fordern wir:

- Zielgenaue Hilfen. Staatliche Förderung muss den Gedanken verinnerlichen, dass sie nicht in jeder Situation und für jeden Bürger zuständig ist. Begleitung aller von Geburt bis ins hohe Alter kann nicht das Ziel staatlichen Handelns sein, sondern die Förderung muss sich möglichst zielgenau denen widmen, die es nötig haben und die sich selbst nicht helfen können. Ebenso muss sich derjenige, der staatliche Hilfen in Anspruch nimmt, bewusst sein, dass die Gesellschaft von ihm auch eine Gegenleistung erwarten kann. Staatliche und damit gesellschaftliche Hilfe in vollem Umfang kann nur der erwarten, der sich auch dann aktiv an der Verbesserung seiner eigenen Lage beteiligt.

## **> > Saubere Umwelt**

Hamburg als Hafenstadt sollte größten Wert auf den Erhalt der Umwelt legen und die Gewässer, das Land, die Luft, die Tiere und Pflanzen möglichst effektiv schützen. Dabei hilft es nicht, wenn außer Klimaschutzkonzerten und ein paar öffentlichen Auftritten des Bürgermeisters wenig im Bereich Umwelt passiert. Auch die Pläne, die öffentlichen Gebäude ausschließlich mit Ökostrom versorgen zu lassen, sind nur bedingt sinnvoll. Das eigentliche Problem, nämlich die knappen Forschungsgelder und die darauf aufbauende zu geringe Entwicklung alternativer Energiequellen, wird so nicht gelöst. Vielmehr wird durch die Unterstützung scheinbar grünen Stroms – denn in Wahrheit ist Strom gleich Strom und hat keine Farbe – die Illusion geschaffen, man müsste ja nur auf Ökostrom umsteigen und die Probleme wären beseitigt. Dies ist nicht der Fall, da die Produktionskapazitäten einfach nicht ausreichen, um die komplette Stromversorgung durch Ökostrom zu gewährleisten.

Zudem tritt hier noch ein weiteres Problem in den Vordergrund: Da Ökostrom wesentlich teurer ist, werden die Haushaltsprobleme, die aufgrund der verantwortungslosen Politik der CDU in der laufenden Periode verursacht wurden, noch verschärft. Eine einfache Maßnahme wie das Umstellen auf Ökostrom ist also weniger eine langfristig durchdachte Maßnahme, als vielmehr der Versuch, sich kurzfristig als klimapolitisch engagiert erscheinen zu lassen. Anstatt sie zu verschwenden, sollte die Regierung Gelder für Forschung aufbringen, die alternative Energiequellen effizienter und damit günstiger und wettbewerbsfähiger machen, denn nur dadurch können unsaubere Technologien durch alternative Energien ersetzt werden und gleichzeitig für alle Menschen in Hamburg bezahlbar sein! Die Jungen Liberalen fordern daher, in langfristig sinnvolle Projekte zur Entwicklung alternativer Energien zu investieren und die Strompreise im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger möglichst bezahlbar zu halten.

Im gleichen Zusammenhang steht der Bau eines Kohlekraftwerks in Moorburg. Sowohl aus umweltpolitischer Sicht (bei gleichzeitiger Abschaltung des älteren und unsaubereren Kraftwerks in Wedel), als auch im Sinne bezahlbarer Strompreise sollte die CDU den Bau des Kraftwerks nicht weiter verzögern. Damit ist niemandem geholfen.

## > > Liberale Verkehrspolitik

Mobilität für alle Bürger ist wichtiger denn je. Die Lebensqualität und die Attraktivität einer Metropole hängen in großem Maße davon ab, wie gut sich die Menschen dort von A nach B bewegen können. Dabei ist gerade in einer Großstadt nicht zwingend das Auto das vorrangige Beförderungsmittel. Es sind alle Arten der Fortbewegung gleichberechtigt zu behandeln. Das Prinzip „go and flow“ soll an die Stelle von „stop and go“ gesetzt werden.

### **Straßenverkehr**

Wer heute mit dem eigenen Pkw durch Hamburg fährt, erlebt den schlechten Zustand der Hamburger Straßen: Für ein dauerhaft leistungsfähiges Straßenverkehrsnetz benötigen wir eine verstärkte Grundinstandhaltung des bestehenden Straßennetzes. Zugleich müssen einzelne Verbindungen ausgebaut oder neu gebaut werden, um den aktuellen Verkehrsströmen anzupassen.

Eine besondere Rolle spielt für die Jungen Liberalen insbesondere der Wirtschaftsverkehr zum Hamburger Hafen.

Daher fordern wir:

- Erhöhung der laufenden Mittel für die Grundinstandhaltung der Hamburger Straßen
- Flächendeckender Einsatz von computergestützten Verkehrsleitsystemen auf Hamburgs Hauptverkehrsadern
- Vorhandenen Verkehr in Echtzeit erfassen
- Ampelschaltung flexibel nach echtem Bedarf und nicht statisch orientiert, um Stauabbau und weniger Treibstoffverbrauch zu gewährleisten
- Suchverkehr nach Parkplätzen beseitigen: Parkplatzausbau statt politisch

- erzwungenem Abbau und Verknappung
- Nachts Hauptstraßengrün
- Bau der Hafenuerspange, um den absehbaren Verkehrsinfarkt im Hamburger Hafen zu vermeiden
- Vervollständigung eines Hamburger Autobahnringes, um Durchgangsverkehr weiträumig umleiten und aus dem Hamburger Stadtgebiet fern halten zu können
- Bedarfsgerechter Ausbau der Hamburger Ringe
- Kostenneutrale Einführung von Ampelmännchen mit besserer Unterscheidbarkeit zwischen rot und grün für sehbehinderte Menschen („ostdeutsche Ampelmännchen“)

## **Schienenverkehr**

Der Schienenverkehr in der Hafenstadt Hamburg ist einer der Leistungsträger im Güterverkehr. Der Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Hinterlandverkehr des Hamburger Hafens hat dabei höchsten Vorrang. Ziel muss es sein, den Güterverkehr noch stärker von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Gleichzeitig wollen die Jungen Liberalen die Schiene auch für den Personenverkehr weiter stärken. Die erfolgreichen Streckenreaktivierungen für den Personenverkehr im schleswig-holsteinischen Umland haben gezeigt, dass auch der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ein zukunftsfähiger Verkehrsträger ist. Um den SPNV weiter zu stärken und einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten, lehnen die Jungen Liberalen die Bahnprivatisierung in der jetzigen Form ab und fordern eine Trennung von Netz (staatliche Verwaltung) und Betrieb (private Unternehmen).

Daher fordern wir:

- Erstellung eines Masterplans für den Schienengüterverkehr von und zum Hamburger Hafen
- Dreigleisiger Ausbau des Nadelöhrs Hamburg – Pinneberg – Elmshorn
- Durchgängiger zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung der Vogelfluglinie im Zuge der Herstellung einer festen Fehmarnbeltquerung
- Zweigleisiger Ausbau der Güterumgehungsbahn, um die Verbindungsbahn zu entlasten und die Durchbindung von weiteren Personenzügen aus Schleswig-Holstein (Marschbahn) zum Hamburger Hauptbahnhof zu ermöglichen
- Schließung des Bahnhofs Altona für den Regional- und Fernverkehr und Ersatz durch einen neuen Fernbahnhof in Höhe Diebsteich
- Bau der Y-Trasse zwischen Hamburg, Bremen und Hannover für einen Anschluss Hamburgs an das Hochgeschwindigkeitsnetz im Fernverkehr

## **Öffentlicher Personennahverkehr**

Das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) soll weiter verbessert werden. Durch die verstärkte Vergabe von Verkehrsleistungen im ÖPNV in Wettbewerbsverfahren an private Anbieter sollen der Service und das Angebot für die Kunden noch attraktiver gestaltet und die Kosten für den Hamburger Haushalt weiter gesenkt werden.

Der Schnellbahnnachtverkehr an Wochenenden hat sich bewährt und sollte sukzessive auch auf die Außengebiete ausgeweitet werden.

Überlegungen für eine Stadtbahn in Hamburg sind nicht grundsätzlich abzulehnen. Kurzfristig sollte aber dem Ausbau des bestehenden Schnellbahnnetzes und der Anbindung von Großwohnsiedlungen durch U- und S-Bahnen der höhere Stellenwert eingeräumt werden. Im Zuge der Errichtung der HafenCity wird auch die Personenschifffahrt im Rahmen des Hamburger ÖPNV an Bedeutung gewinnen

Daher fordern wir:

- Verlängerung der neuen U-Bahnlinie U4 nach Bramfeld und Steilshoop
- Anbindung der Großwohnsiedlungen in Lurup, Jenfeld und Rahlstedt durch eine gemeinsame U-Bahnlinie, die im Innenstadtbereich auf bestehenden Strecken verkehren soll
- Verlängerung der U3 von Mümmelmannsberg über Lohbrügge nach Bergedorf
- Verstärkte Ausschreibung von Busverkehrsleistungen mit den Zielen der Verbesserung des Angebots – insbesondere in den Abendstunden und am Wochenende – und der Verringerung des Zuschussbedarfs der öffentlichen Hand für den ÖPNV
- Konzept „Hamburg verkehrt auf Alster und Elbe“: Ausweitung des Hafenfährverkehrs auf der Elbe in die HafenCity sowie nach Wilhelmsburg im Zuge der Internationalen Gartenschau 2013 und der Internationalen Bauausstellung 2013
- P+R Ausbau auch im Mittelbereich Hamburgs
- P+R-Restplatzanzeige im Internet (inklusive Historie + Tendenzanzeige)
- Errichtung der U-Bahn-Haltestelle Johnsallee
- Prüfung einer U-Bahn-Verbindung zwischen Bergedorf und Harburg

## **Fahrradfahrer**

Hamburgs Fahrradwege sind in einem dramatisch schlechten Zustand. Es fehlen die nötigen finanziellen Mittel für den Unterhalt des Hamburger Fahrradnetzes. Hamburg gilt mittlerweile als fahrradunfreundliche Stadt. Dies darf nicht so bleiben!

Daher fordern wir:

- Erhöhung der Rahmenzuweisungen an die Bezirke für die Grundinstandhaltung der Fahrradwege
- Konzentration bei der Instandhaltung und Neueinrichtung auf einen Fahrradweg pro Straße und, so nicht erforderlich, nicht auf einen Fahrradweg pro Straßenseite; hierzu muss der Wechselrichtungsverkehr auf den bestehenden Fahrradwegen einheitlich erlaubt werden
- Einrichtung von Velorouten als Achsen- und Tangentialverbindungen mit einheitlichen gehobenen Qualitätsstandards hinsichtlich des Baumaterials für die Fahrwege, der zügigen Instandhaltung und Freihaltung von Verkehrshindernissen sowie der Beleuchtung

## **Fußgänger**



Bei der Instandhaltung der Fußwege in Hamburg sind große Defizite zu erkennen. Wesentlich gravierender erscheint – auch vor dem Hintergrund des subjektiven und des objektiven Sicherheitsempfindens – jedoch die häufig unzureichende Beleuchtung von Fußwegen.

Daher fordern wir:

- Bessere Abstimmung der Straßenbeleuchtung mit den Interessen der Fußgänger
- Sofortprogramm zur Aufstellung von Laternen an bislang unbeleuchteten oder nur unzureichend beleuchteten Schulwegen

## > > Haushalt und Verwaltung

In Zeiten knapper Kassen und Haushaltslöchern ist eine Konsolidierungspolitik ohne echte Alternative. Nur wenn der Staat sich wieder auf seine wesentlichen Aufgaben besinnt, kann sichergestellt werden, dass die Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen erhalten bleiben.

Deshalb sind Konsequenzen aus der neu aufgestellten Doppelten Buchführung (Doppik) zu ziehen, auch wenn die Beurteilung der darin vorhandenen Zahlen sehr vorsichtig gestaltet werden muss, weil es sich teilweise um kalkulatorische Werte handelt - etwa bei der Bewertung der Alster als Gewässer. Um die richtigen Schlussfolgerungen ziehen zu können, ist daher die Veränderung der Bilanzen zu berücksichtigen und genau zu beobachten. In jedem Fall lebt die CDU derzeit über unsere Verhältnisse. Trotz vieler Versprechungen ist auf diesem Gebiet in vier Jahren schwarzem Senat kein Fortschritt erzielt worden.

Daher fordern wir:

- Ein konsequentes Neuverschuldungsverbot. An erster Stelle muss immer die Sanierung des Haushaltes stehen und nicht das Vermehren der Schulden auf Kosten der zukünftigen Generationen. Daher wollen wir die sofortige Aufnahme eines Neuverschuldungsverbot in die Hamburger Verfassung
- Die Abschaffung der Kirchensteuer. Diese ist nicht mehr durch den Staat einzuziehen. Im Sinne der Trennung von Staat und Kirche ist auch diese Aufgabe durch die Kirchen selbst zu erledigen. Nur diejenigen, die wirklich zahlungswillig sind, sollten auch dieser Abgabe unterliegen und sich mit dem Bekenntnis zu ihrer Kirche finanziell binden. Der Staat hat diese Aufgabe nicht zu erledigen und kann sie auch nicht finanzieren
- Die Abschaffung des Branntweinmonopols. Das Branntweinmonopol ist eine versteckte Subvention und als solche nicht nur kostenintensiv, sondern bietet außerdem erhebliche Anreize zur Ineffizienz. Sie ist nicht mehr zeitgemäß und auch nicht bezahlbar.
- Die Aufstellung von Generationenbilanzen, die zeigen, inwiefern einzelne Generationen auf Kosten folgender Generationen leben. Nur durch diese Zahlen wird verdeutlicht, wie viele Einsparungen tatsächlich notwendig sind
- Den Nordstaat. Eine auf die Landesgrenzen Hamburgs begrenzte Wirtschaftspolitik wird der Realität nicht gerecht. Längst agieren die Unternehmen in Norddeutschland über die Landesgrenzen hinaus. Die jetzige

kleinstaatliche Struktur der norddeutschen Bundesländer entpuppt sich gerade im Hinblick auf den Wettbewerb mit anderen deutschen und europäischen Regionen als wesentlicher Standortnachteil. Überregionale Projekte - wie z.B. die 2. Elbquerung - wurden immer wieder durch egoistische Bedenken einzelner Bundesländer verhindert, ohne den Nutzen für die gesamte Region zu sehen. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten Nordens fordern die Jungen Liberalen den Zusammenschluss der Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Bremen und Hamburg zu einem Nordstaat. In diese Umstrukturierung lässt sich auch die längst überfällige Neuordnung der Hamburger Behördenstruktur mit einbeziehen. Dabei müssen den Sachbehörden ihre Kompetenzen eindeutig und durch Gesetz zugewiesen werden, sowie die Bezirksämter zu allgemeinen Ordnungsbehörden ausgebaut werden. Auch hier sind vielfach Versprechungen getätigt worden, letztendlich hat sich der schwarz regierte Hamburger Senat aber nicht gegen die umstrukturierungsunwilligen Behörden(-leitungen) durchsetzen können, weshalb in vier Jahren keine nennenswerte Neustrukturierung der Behördenlandschaft vorgenommen worden ist und die gleichen Fehler im Behördenaufbau fortgesetzt wurden.

## > > Kultur und Medien

Aus liberaler Sicht sind Kultur und Medienpolitik untrennbar miteinander verbunden. Die Kultur nutzt die Medien zu ihrer Verbreitung und die Medien die Kultur als Inhalt. Kultur an sich dient dem Einzelnen zur individuellen und gesellschaftlichen Selbstverwirklichung. Durch die Medien erhält die Kultur einen wirtschaftlichen Aspekt und die Möglichkeit, durch Massenwirkung auf die Gesellschaft Einfluss zu nehmen.

Hamburg ist dabei wie keine andere Stadt in Deutschland für Kultur und Medien bekannt. Hier stehen die künstlerisch und wirtschaftlich erfolgreichsten Theater, sowie Medien von bundesweitem Bekanntheitsgrad und Einfluss. Diese herausragende Stellung definiert Hamburg als liberale Stadt von hoher Attraktivität für Menschen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Wenn das Konzept der freien Stadt ein Erfolg werden soll, dann muss dieser Standortvorteil gegen Konkurrenten, wie zum Beispiel Berlin, verteidigt werden.

Festgefahrene Strukturen, die allzu selten hinterfragt werden, treten hier ganz deutlich zu Tage. Sei es das bürokratische Monster GEZ, der halbe Mehrwertsteuersatz auf Datenträger oder die Buchpreisbindung. An keinem dieser Punkte möchten sich Politiker unnötig die Finger verbrennen.

Die finanziellen Probleme des öffentlichen Rundfunks sind hausgemacht. Anstatt dem Bildungsauftrag nachzukommen, haben sich die Öffentlich-Rechtlichen in den letzten Jahren immens aufgebläht und sehen sich als Konkurrenzsender zu privaten Anbietern. Gebührenerhöhungen und – wie im Falle der Erstverwertungsrechte für die 1. Fußball-Bundesliga – die Verschwendung immenser Geldsummen waren und sind die Folge.

Dies ist entschieden abzulehnen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss sich stattdessen wieder auf die Kernaufgaben konzentrieren.

Daher fordern wir:

- Die Privatisierung des ZDF
- Die Abschaffung der GEZ und Ersetzung des heutigen Gebühreneinzugs durch eine geräteunabhängige Abgabe, die mit der Steuer eingezogen wird
- Die Zusammenlegung von Anstalten sowie die deutliche Senkung der Zahl von 61 Radioprogrammen
- Die gleichberechtigte Besetzung von Rundfunk- und Verwaltungsrat durch Vertreter von Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Verbraucherverbänden
- Die strikte Einhaltung des Bildungsauftrags. Dieser umfasst u.a. Sendungen hoher kultureller Qualität, politische Berichterstattung, regionale Programmangebote und bildungsrelevante Sendungen
- Den Erhalt der Rundfunkorchester als bewährte Institutionen hoher künstlerischer Qualität bei relativ geringem Kostenaufwand

Die Jungen Liberalen bekennen sich zum Schutz geistigen Eigentums. Der Schutz des geistigen Eigentums ist Bedingung für den kreativen Schaffungsprozess, er alleine ermöglicht die Entlohnung für geistige Leistung. Dabei muss das Recht auf die Privatkopie erhalten bleiben und darf nicht ausgehöhlt werden. Es gewährleistet den Schutz der Privatsphäre vor staatlichem Eingriff. Die Verwertungsgesellschaften (GEMA etc.), deren Bedeutung in den kommenden Jahren wachsen wird, schaffen dafür den Interessensausgleich zwischen Rechteinhabern und Konsumenten. Darüber hinaus werden neue Techniken (Stichwort: Digital Rights Management) auf den Markt kommen, die eine konsumentenbezogene Rechtevergabe und Rechtevergütung erlauben. Beide Entwicklungen sind von der Politik zu fördern.

### **Zuständigkeiten in der Kulturpolitik**

Die Jungen Liberalen fordern bei der immer wieder aufflammenden Entflechtungsdebatte, nicht nur Kompetenzen zwischen Bund und Ländern, sondern auch zwischen Ländern und Kommunen zu diskutieren. Vor allem muss gemäß dem Subsidiaritätsprinzip die Kompetenz möglichst weit unten liegen.

Daher fordern wir:

- Den Rückzug des Bundes aus allen Bereichen, deren Koordination keiner zentralen Steuerung bedarf. Somit
- den Erhalt des Anteils der Gemeinden an der Kultur sowie eine Aufgabenkritik der Länder und, wo möglich, eine Übertragung der Aufgaben an die Gemeinden
- Die Abschaffung des Staatsministeriums im Bundeskanzleramt. Diejenigen Bereiche, die der zentralen Koordination dienen, sollen entsprechend der vorherigen Strukturen an andere Ministerien zurückgegeben werden, alle anderen sind auf landes- und kommunale Ebene zu verlegen
- Die zu erwartenden Einsparungen sollen weiterhin dem Kulturhaushalt zu Gute kommen

### **Kulturfinanzierung**

Im Kulturbereich müssen neue Wege der Finanzierung gefunden werden. Dafür Anreize und rechtliche Grundlagen zu schaffen ist Aufgabe der Politik. Für die Jungen Liberalen gelten bezüglich der Kulturfinanzierung folgende Voraussetzungen:

- Mit der Rückverlagerung der Zuständigkeiten in der Kulturpolitik auf untere Ebenen fällt auch die Finanzierungsfrage verstärkt in den Aufgabenbereich der Kommunen
- Öffentlich finanzierte sowie sich in öffentlicher Trägerschaft befindliche Kultureinrichtungen sollen von der Möglichkeit einer Public-Private-Partnership Gebrauch machen
- Bürgerschaftliches Engagement steht zunehmend im Mittelpunkt kommunaler Kulturpolitik und muss entsprechend gefördert werden. Ohne eine lebendige Vereinskultur – sei es z.B. in Form von Musik- oder von Fördervereinen – ist die heutige Quantität und Qualität des kulturellen Angebots nicht zu erhalten
- Neben ehrenamtlichem Engagement ist der Erhalt des kulturellen Angebots zukünftig verstärkt von privaten Geldgebern abhängig. Insbesondere dürfen Stiftungswillige nicht weiter an bürokratischen Strukturen der Stiftungsbehörden scheitern. Auch staatliche Einflussnahme auf die Verwendung von Stiftungsgeldern ist vehement abzulehnen
- Die Jungen Liberalen begrüßen die Reformen des Stiftungszivilrechts und insbesondere des Stiftungssteuerrechts, die unter der Rot-Grünen Bundesregierung auf den Weg gebracht wurden. Ersteres geht allerdings nicht weit genug. Vor allem wurde eine klare Definition des Begriffs Stiftung versäumt. Immerhin wurde das „Recht auf Stiftung“ verankert, die nunmehr anerkennt und nicht mehr genehmigt werden muss. Somit wurde eine Stiftungsneugründung erleichtert.

## > > **Generationengerechtigkeit**

Die Jungen Liberalen wollen mehr als Politik für nur eine Generation. Sie fordern eine Politik von heute für die Generationen von Morgen. Unser politisches System neigt dazu, Probleme immer dann kurzfristig lösen zu wollen, wenn sie aktuell sind. Probleme, die sich mittel- oder langfristig anbahnen, werden weniger beherzt gelöst. Die Politik sowie die Öffentlichkeit denken viel zu häufig nur bis zur nächsten Wahl.

Generationenpolitik ist ein Querschnittsthema in allen Politikbereichen. Wer Gerechtigkeit zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen fordert, verlässt die ausgetretenen Pfade bisheriger Politik. Was immer war, muss nicht immer so bleiben!

Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland in großem Wohlstand. Diesen Wohlstand hat die junge Generation nur zu einem kleinen Teil selbst erwirtschaftet. Insbesondere der Generation der Ältesten dieser Gesellschaft gebührt großer Dank für die Leistung, aus einem in jeder Hinsicht zerstörten Land wieder eine demokratische, wohlhabende und soziale Republik gemacht zu haben. Dieser Wohlstand hat aber auch Altlasten verursacht. Zerstörte Landschaften, ausgebeutete Rohstoffe, hohe Rentenbeiträge, zu geringe Investitionen in Forschung und Technologie, unzureichende Ausbildung und eine rasante Verschuldung sind ein Erbe, das die junge Generation gerne ausschlagen würde, aber nicht kann. Die

Politik von heute muss auch die Bedürfnisse von morgen im Blick haben. Generationengerechtigkeit bedeutet daher nicht nur, dass jeder Generation dieselben Ressourcen zur Verfügung stehen sollen, sondern dass sie auch dieselben Chancen haben muss, sich zu verwirklichen.

Daher müssen nicht nur Rohstoffe, Umweltbedingungen und ein gesunder Staatshaushalt für die kommenden Generationen erhalten werden. Ihnen muss auch die Möglichkeit offen stehen, den Staat nach ihren Ideen zu formen.

Denn gerade das können junge Menschen besonders gut. Sie haben noch keine großen Besitzstände aufgebaut und sind daher in der Lage, an grundlegende Reformen objektiver heranzugehen, anstatt als Lösung immer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen.

Die Jugend hat ein Recht auf Reformen, packen wir es an! Wir haben keine Zeit zu verlieren!



**Junge Liberale**



**Hamburg**

## Kein Verbot von Sonnenstudiobesuchen

Die anstehende Neuregelung, den Besuch von Sonnenstudios oder Solarien für Jugendliche (unter 18 Jahren) zu verbieten, lehnen die Jungen Liberalen ab.



## **Müllentsorgungs- und Wertstoffbehälter an Haltestellen der Hamburger Hochbahn**

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die Hamburger Hochbahn AG auf, an Ihren Haltestellen integrierte Müllentsorgungs- und Wertstoffbehälter nach dem Vorbild der Deutschen Bahn AG zu installieren.



Junge Liberale

Hamburg

## Hamburg braucht mehr Kindertagesstätten

Die JuLis Hamburg fordern, dass das Kindertagesstätten- und Vorschulsystem in Hamburg geändert wird. Anknüpfend an die Neustrukturierung der Familienförderung (Familienkasse) sollen Kindertagesstätten und Vorschulen kostenlos angeboten werden. Bei hohen Bildungsdefiziten sollten auch verpflichtende Kita- oder Vorschuljahre in Betracht gezogen werden. Darüber hinaus sind je nach Bedürftigkeit auch Essensangebote vorzuhalten.

Auch inhaltlich muss abgesehen von dem bereits vorhandenem hohen pädagogischen Niveau und spielerischen Lernangeboten folgendes verpflichtend ergänzt werden, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden:

- a) Sport- bzw. Bewegungsangebote
- b) spielerische Ernährungsberatung
- c) Sozialkompetenz (Pünktlichkeit, Höflichkeit, Rücksichtnahme)
- d) Sprachangebote (u.a. Deutsch als Fremdsprache und auch bilinguale Angebote)





## Neuverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen in dieser Legislatur beenden

Aufgrund der neuerlichen Beschlüsse im Bereich des Postmindestlohns und der nach wie vor hohen Verschuldung ist die Neuverschuldung noch in dieser Legislaturperiode auf Null zu senken.



Junge Liberale



Hamburg

## Energieeffizienzklassen für IT-Geräte und Unterhaltungselektronik

Die Jungen Liberalen Hamburg fordern die Einteilung von IT-Geräten und Unterhaltungselektronik (HiFi- und Fernsehgeräte, Spielkonsolen) nach Energieeffizienzklassen, wie dieses bereits für andere Haushaltsgroßgeräte üblich ist.

Es sind für den Kunden beim Kauf deutlich sichtbare Aufkleber an den Geräten anzubringen, die ihn über Energieeffizienzklasse und den Energieverbrauch des Gerätes bei einer gemäß Statistik durchschnittlichen jährlichen Nutzungszeit aufklären. Bei der Einteilung in Energieeffizienzklassen sind darüber hinaus ggf. Kosten und Umweltgefährdungspotenziale für Herstellung sowie fachgerechte Entsorgung des Geräts einzubeziehen.

Für sämtliche Geräte ist bei der Einteilung zudem immer von der aufgenommenen Leistung und nicht von der häufig alleine angegebenen gestellten Leistung der Netzteile (ein Großteil der aufgenommenen Leistung „verpufft“ insbesondere bei IT-Geräten als Abwärme) auszugehen.